

X unter Musk: Verdeckte politische Verstärkung, Regulierungsvermeidung und die Entführung demokratischer Infrastruktur

Als Elon Musk 2022 Twitter kaufte und es in X umbenannte, hüllte er seine Übernahme in die Sprache bürgerlicher Tugend: ein „digitaler Marktplatz“, auf dem die Meinungsfreiheit blühen würde. Diese Rahmung war eine Lüge. In der Praxis hat Musk X in eine Plattform verwandelt, die den politischen Diskurs durch undurchsichtige Algorithmen, monetarisierten Einfluss und die bewusste Demontage von Transparenzmechanismen aktiv verzerrt. Weit davon entfernt, Neutralität zu wahren, ist X zu einem **Vektor für verdeckte politische Förderung** geworden, der stark zugunsten rechtsextremer Narrative und autoritärer Sympathien geneigt ist.

Regulierungsbehörden in der Europäischen Union haben bestätigt, was Forscher, Journalisten und zivilgesellschaftliche Gruppen schon lange vermuten: **X verstößt gegen gesetzliche Verpflichtungen zur Transparenz von Werbung, politischer Kennzeichnung und Zugang für Forscher**. Dies sind keine geringfügigen technischen Verstöße. Es handelt sich um strukturelle Entscheidungen, die **unoffenlegten politischen Einfluss in großem Maßstab** ermöglichen. Musks Plattform erlaubt nicht nur Manipulation – sie **profitiert davon**, indem sie Privilegien für kostenpflichtige Konten und algorithmische Anreize nutzt, um bestimmte politische Akteure zu verstärken, während die dahinterliegende Maschinerie verborgen bleibt.

Dieser Essay legt eine klare Anklage vor: **X fungiert als ein nicht deklariertes politisches Werbesystem**, in direktem Widerspruch zum EU-Recht und vermutlich auch im Widerspruch zu den Regeln zur Kampagnentransparenz in Großbritannien und den USA. Die Beweise sind überwältigend, das Motiv ist sichtbar, und die Auswirkungen sind global.

Von Aufsicht zur Verschleierung: Ein Muster der Umgehung

Innerhalb von Wochen nach Musks Übernahme wurde die ohnehin fragile Governance von Twitter demontiert. Der **Trust and Safety Council** – ein externes Rechenschaftsorgan – wurde abrupt aufgelöst. Richtlinien wurden umgeschrieben, Teams dezimiert und der Zugang für die Zivilgesellschaft und Journalisten eingeschränkt. Musks Vision von „Meinungsfreiheit“ entpuppte sich schnell als **freie Hand für diejenigen, die mit seiner ideologischen Agenda übereinstimmen**.

Gleichzeitig führte Musk die **kostenpflichtige Verifizierung** ein, wodurch Sichtbarkeit effektiv monetarisiert wurde. Das blaue Häkchen war nicht länger ein Zeichen der Authentizität, sondern ein Ticket für algorithmische Bevorzugung. Verifizierte Konten – oft politische Akteure, Provokateure oder Propagandisten – erhielten eine verstärkte Verbreitung und in vielen Fällen **Anteil an den Plattformeinnahmen**, was finanzielle Anreize direkt mit politischen Botschaften verknüpfte.

Das war kein Fehler. Es war ein **strategischer Umbau**: Sicherheitsvorkehrungen entfernen, die Grenzen zwischen organischem und bezahltem Diskurs verwischen und Empfehlungssysteme im Dienste von Musks politischen Allianzen weaponisieren.

Algorithmische Manipulation ist kein Nebeneffekt – sie ist das Geschäftsmodell

Das Empfehlungssystem von X ist kein neutraler Schiedsrichter. Es ist ein **bewusst abgestimmter politischer Verstärker**. Interne Forschungen, die vor Musks Übernahme durchgeführt wurden, bestätigten, dass die Twitter-Timeline bereits **rechtsgerichtete Inhalte überproportional verstärkte**. Unter Musk hat sich dieses Ungleichgewicht vertieft.

Die Veröffentlichung des Open-Source-Codes von X im März 2023 war kaum mehr als eine Ablenkung. Zwar enthüllte sie ein Grundgerüst für die Rangfolge von Tweets, aber sie **hielt entscheidende Betriebsdaten zurück**: Echtzeit-Parameteränderungen, manuelle Eingriffe und der Einfluss des bezahlten Status auf die Sichtbarkeit. Die Öffentlichkeit hat immer noch keinen Zugang zu den Variablen, die zählen: Wer wird gefördert? Wer wird unterdrückt? Und warum?

Unabhängige Audits zeigen klar: **Politische Inhalte von rechtsgerichteten, nationalistischen und verschwörungsorientierten Konten dominieren den „Für dich“-Feed** – insbesondere, wenn diese Konten monetarisiert oder verifiziert sind. Effektiv **verkauft X politische Reichweite**, während es leugnet, dass solche Transaktionen Werbung darstellen.

Dies ist keine Spekulation. Es ist eine messbare Voreingenommenheit, unterstützt durch mehrere peer-reviewte Studien und Sockenpuppen-Experimente. Wenn Engagement zum organisierenden Prinzip einer Plattform wird, **gewinnt Empörung, Wahrheit verliert, und Demagogen gedeihen**.

Dunkle Muster, falsche Transparenz und bezahlter politischer Einfluss

Die vorläufigen Ergebnisse der EU gegen X im Rahmen des **Digital Services Act (DSA)** und der **Verordnung 2024/900 über politische Werbung** sind vernichtend:

- X **täuscht Nutzer** durch dunkle Muster und irreführendes Interface-Design.
- Es **versäumt es, ein funktionierendes Werbe-Repository zu unterhalten**, wodurch Wählern das Recht verweigert wird, zu wissen, wer sie anspricht.

- Es **blockiert legitime Forscher** vom Zugang zu den Daten, die benötigt werden, um systemische Risiken zu prüfen.

Dies sind keine Zufälle. Es sind Taktiken. X **verweigert bewusst den Zugang**, wissend, dass volle Transparenz **koordinierte politische Verstärkung** entlarven würde, die sich als organische Interaktion tarnt.

Die kostenpflichtige Verifizierung ist zentral für dieses Schema. Verifizierte Konten genießen **bevorzugte Behandlung in Rankings, Berechtigung zur Einnahmeteilung und erhöhte Reichweite** – selbst wenn ihr Inhalt Desinformation, Hass oder politische Propaganda verbreitet. Diese Funktion verwandelt die Plattform effektiv in ein **Pay-to-Play-Megafon für ideologische Akteure**.

In der Europäischen Union verstößt dieses Verhalten direkt gegen Gesetze, die die Offenlegung politischer Werbung, der Identität des Sponsors und die Verwendung sensibler personenbezogener Daten für Targeting vorschreiben. In Großbritannien verstößt es gegen die **Anforderungen an digitale Imprints** nach dem Wahlgesetz. In den USA kommt es gefährlich nahe an die Verletzung von **FEC- und FTC-Vorschriften** über Online-Politikkommunikation und irreführendes Marketing.

Elon Musk ist kein neutraler Beobachter – er ist der Architekt politischer Verzerrung

Bis 2024 hatte Musk **öffentlich Donald Trump unterstützt**, rechtsextreme Persönlichkeiten auf seiner Plattform gehostet und sich unter dem Deckmantel der Unternehmenspolitik direkt an politischen Botschaften beteiligt. Dies sind keine beiläufigen Befürwortungen – es sind **materielle Eingriffe eines Plattformeigentümers** in den Wahldiskurs.

Die Kontrolle über Plattformpolitik, technisches Design und Einnahmeanreize ermöglicht es Musk, **das System zu kippen**, um seine politischen Verbündeten zu belohnen und Dissens zu unterdrücken. Das Ergebnis ist eine Feedback-Schleife: Diejenigen, die seine Ansichten schmeicheln oder maximale Interaktion hervorrufen, steigen an die Spitze; andere werden übertönt oder demonetisiert.

Dies ist nicht nur gefährlich – es ist **strukturelle Voreingenommenheit, die in Code eingebettet ist**. Keine noch so große Pose über „Meinungsfreiheit“ kann den **Interessenkonflikt** verdecken, wenn ein Milliardär die Infrastruktur der politischen Sichtbarkeit kontrolliert.

Die rechtliche Grenze wurde überschritten

In der EU ist die Schwelle für „politische Werbung“ klar: **Jede bezahlte oder materiell unterstützte Verbreitung politischer Inhalte muss gekennzeichnet, archiviert und überprüfbar sein**. X hat **alle drei Verpflichtungen missachtet**.

Die **Verordnung über Transparenz und Targeting politischer Werbung (2024/900)** schreibt Offenlegungen vor, die X systematisch ignoriert hat. Der **Digital Services Act** ver-

langt von sehr großen Plattformen wie X, verifizierten Forschern Zugang zu gewähren und vertrauenswürdige Werbe-Repositorys zu unterhalten. X hat diese Regeln missachtet – und Regulierungsbehörden setzen bereits Maßnahmen um.

In Großbritannien fordert der **Wahlgesetz 2022** digitale Imprints – die Identifizierung, wer für politische Botschaften verantwortlich ist. Die aktuelle Einrichtung von X – wo bezahlte Konten politische Botschaften ohne Kennzeichnung, Finanzierungsangabe oder Targeting-Transparenz verbreiten – **verhöhnt dieses Gesetz**.

In den USA haben die FEC und FTC Zuständigkeit über ausdrückliche Fürsprache und irreführendes Marketing. **Bezahlte Sichtbarkeit, Monetarisierung und algorithmische Manipulation durch einen Plattformeigentümer** sind nicht von der Prüfung ausgenommen. Der einzige Grund, warum noch keine Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen wurden, ist das **regulatorische Vakuum, das durch Plattformlobbying und rechtliche Unklarheiten geschaffen wurde** – nicht rechtliche Unschuld.

Die Beweise sind vorhanden – X will nur nicht, dass Sie sie sehen

Die entscheidenden Aufzeichnungen existieren. Sie umfassen:

- **Interne Kommunikationen**, die detailliert beschreiben, wie politische Inhalte behandelt, eingestuft und monetarisiert werden.
- **Rechnungs- und Sponsoring-Aufzeichnungen**, die zeigen, wer für welche Reichweite bezahlt hat.
- **Algorithmus-Änderungsprotokolle und Überschreibungsberichte**, die offenbaren, wer gefördert wird und wann.
- **Daten des Werbe-Repositorys**, die gesetzlich politische Kampagnen, Sponsoren und Targeting-Strategien offenlegen sollten.

X verweigert deren Bereitstellung – nicht weil sie nicht existieren, sondern weil sie **beweisen würden, dass die Plattform als ein nicht deklariertes politisches Werbesystem operiert**.

Alle regulatorischen Werkzeuge zur Erzwingung der Offenlegung existieren. Die EU nutzt sie bereits. Die USA und Großbritannien sollten folgen.

Ausreden funktionieren nicht mehr

- **„Wir haben den Algorithmus open source gemacht.“** → Falsch. Die Code-Veröffentlichung ist unvollständig und veraltet. Schlüsselpoints, Richtlinien und Live-Eingriffe bleiben verborgen.
- **„Engagement ist nicht ideologisch.“** → Irrelevant. Systeme, die Engagement maximieren, begünstigen strukturell extreme, tribalistische und oft rechtsgerichtete Inhalte. Das ist eine Designentscheidung mit politischen Konsequenzen.

- „Es gibt kein Gesetz gegen Algorithmen.“ → Irreführend. Es gibt Gesetze gegen **unoffenlegten politischen Einfluss, nicht-transparente Werbesysteme und Plattformen, die Nutzer über bezahlte Inhalte täuschen**. X verstößt gegen alle drei.

Dies ist keine Debatte – es ist ein demokratischer Notfall

Politische Rede ist nicht das Problem. **Ungeoffenlegte Manipulation politischer Rede ist es**. Wenn Plattformen verschleiern, wer spricht, wer zahlt und wie Sichtbarkeit gestaltet wird, bricht das Fundament des demokratischen Diskurses zusammen.

X besteht nicht nur den Transparenztest nicht – es **untergräbt ihn aktiv**. Seine Systeme **verwischen die Grenze zwischen organischer Viralität und bezahlter Propaganda**, während seine Führung politisch und finanziell von der Verwirrung profitiert.

Dies ist keine Frage der Plattformpolitik mehr. Es ist eine Frage von **rechtlicher Verantwortlichkeit und demokratischem Überleben**.

Schlussfolgerung: Der Fall gegen X

X operiert als ein nicht deklariertes politisches Werbe-Engine. Es verkauft Einfluss, verschleiern Sponsoring, deaktiviert die Aufsicht und belohnt Inhalte, die den ideologischen und finanziellen Interessen seines Eigentümers am besten dienen.

Die rechtlichen Verpflichtungen sind klar. Die Verstöße sind dokumentiert. Die Konsequenzen sind immens.

Es ist an der Zeit, aufzuhören, so zu tun, als sei dies eine Debatte über Meinungsfreiheit. Es ist an der Zeit, dass Regulierungsbehörden handeln – und dass Bürger fordern, dass **Plattformen, die die politische Realität prägen, dem politischen Recht unterliegen**.

Dies ist kein Fehler. Es ist der Plan.